

# Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst: Politiker verlieren jedes Augenmaß

Wenn der öffentliche Dienst eine Zukunft haben soll, muss er wettbewerbsfähige Einkommen bieten. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem haben die Politiker, die seit dem 8. Oktober mit den Gewerkschaften über höhere Einkommen für die Beschäftigten der Länder verhandeln, in den vergangenen Wochen jedes Augenmaß verloren: Bis Mitte November – dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe – haben sie noch nicht einmal ein Angebot auf den Tisch gelegt. Vorher müssten die Gewerkschaften Verschlechterungen bei der Eingruppierung zustimmen – so ihre Forderung. Anders formuliert: Die Beschäftigten sollen ihr Einkommensplus durch Abstriche an anderer Stelle selber finanzieren. Für die Gewerkschaften ein absolutes No-Go. Mit zahlreichen Aktionen und punktuellen Schwerpunktstreiks haben sie deshalb in den vergangenen Wochen den Druck auf die Arbeitgeber massiv erhöht. Auch die Beschäftigten der Polizei haben sich an den Protestaktionen beteiligt, unter anderem mit Aktiven Mittagspausen vom 11. bis 16. November an 24 Standorten in ganz NRW.

Das die Bundesländer Verschlechterungen an anderer Stelle fordern, um die Einkommenserhöhung für ihre Beschäftigten gegenzufinanzieren, ist nicht neu. 2015 hatten die Länder massive Kürzungen bei der betrieblichen Altersversorgung für den öffentlichen Dienst gefordert. Am Ende blieb

das System erhalten, der Finanzierungsanteil der Beschäftigten wurde allerdings in zwei Schritten von 1,41 auf 1,81 Prozent erhöht. Als Kompensation konnten die Gewerkschaften eine Tarifierhöhung von 4,4 Prozent innerhalb von zwei Jahren durchsetzen.

## Arbeitgeber wollen Eingruppierung verschlechtern

Diesmal ist für die Arbeitgeber der Stein des Anstoßes ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom Herbst vergangenen Jahres. Deutschlands oberste Arbeitsrichter hatten festgestellt, dass die Geschäftsstellenverwalter in der Justiz aufgrund ihrer anspruchsvollen Tätigkeit in die EG 9a einzugruppieren sind, statt in die EG 6. Mehr als 10 000 Beschäftigte müssen deshalb alleine in NRW besser eingruppiert werden. Der TdL passt das nicht. Sie sieht in dem Urteil „eine unrechtmäßige richterliche Rechtsfortbildung des ursprünglichen Willens der Tarifvertragsparteien“ und hat deshalb Verfassungsbeschwerden eingelegt.

Weil sich die Politiker nicht sicher sind, dass sie mit ihrer Rechtsauffassung in Karlsruhe durchkommen, haben sie die Auseinandersetzung in die laufende Tarifrunde gezogen. Sie fordern, dass die Arbeitsvorgänge aller Beschäftigten in eine Vielzahl von Einzelvorgängen zergliedert werden. Bei jeder beruflichen Veränderung oder Neueinstellung würde den Beschäftigten dann eine schlechtere Eingruppierung drohen. Dabei ist das Tarifniveau im öffentlichen Dienst schon jetzt deutlich schlechter als in anderen Branchen. Selbst im Vergleich zum Bund und den Kommunen fallen die Landesbediensteten zurück.

## Massive Nachwuchsprobleme auch bei der Polizei

Die Folge: Die Länder sind nicht mehr konkurrenzfähig. Schon heute finden sie für viele Tätigkeiten kaum noch qualifiziertes Personal. Das gilt nicht nur für die Intensivstationen in den Krankenhäusern und im Bildungsbereich, sondern auch für den Tarifbereich bei der Polizei.



„Wir müssen Stärke zeigen, damit wir nicht weiter von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Das Tarifiergebnis muss 1:1 für die Beamten und Pensionäre übernommen werden.“  
Thomas Maday, 61 Jahre,  
Polizeihauptkommissar



„Wichtig ist, dass der Arbeitsvorgang nicht angegriffen wird. Bei der Eingruppierung darf es keine Verschlechterungen geben“  
Nina Rieger, 30 Jahre,  
Sachbearbeiterin KiPo



„Viele Kraftfahrer hatten wegen Corona Einbußen, weil zum Beispiel Fahrten zu Besprechungen weggefallen sind. Bei der Tarifrunde jetzt muss es mindestens 150 Euro mehr im Monat geben.“  
Pasqual Silipo, 58 Jahre,  
Kraftfahrer



„Mir ist es wichtig, Solidarität zu zeigen. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. 100% für 100% Einsatz. Wobei: In diesem Fall würden mir auch 5% mehr reichen...“  
Okan Uyua, 29 Jahre,  
Polizeikommissar



„Mir ist wichtig, dass die Auszubildenden übernommen werden. Und mehr Geld ist auch nötig: Wir alle spüren doch die Inflation.“  
Maurice Baum, 19 Jahre,  
Auszubildender Kfz-Werkstatt

Trotzdem lassen sich die Chancen, dass es bei der nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe am 27. November beginnenden, dritten Verhandlungsrunde zu einem Durchbruch kommen wird, nur schwer einschätzen.

Dabei sind die Voraussetzungen für ein ordentliches Einkommensplus eigentlich günstig, denn die Steuereinnahmen sprudeln längst wieder kräftig. Trotz der noch immer nicht überwundenen Corona-Krise. Um 179 Milliarden Euro wachsen bis 2025 die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen. Auf die Bundesländer kommt alleine im kommenden Jahr ein Plus von 22,5 Milliarden Euro zu. Das zeigt die aktuelle Steuerschätzung.

Hinzu kommt die galoppierende Inflation. Allein im Oktober sind die Preise gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,5 Prozent gestiegen. Kraftstoff kostete 35 Prozent mehr, Heizöl sogar 101,1 Prozent mehr. Bei vielen Produkten ist die Preiserhöhung nicht auf einen vorübergehenden Einmaleffekt zurückzuführen, sondern die höheren Preise müssen dauerhaft von

den Beschäftigten finanziert werden. Steigt ihr Einkommen nicht, müssen sie deutliche Reallohnverluste hinnehmen.

### Ministerpräsident Wüst in der Pflicht

Seit den Anfängen des Tarifvertrags für die Beschäftigten der Länder (TV-L) hat die Landesregierung noch nie bei den in Potsdam stattfindenden Verhandlungen mit am Tisch gesessen. Die Vertreter der Arbeitgeberseite sind immer aus anderen Bundesländern gekommen. Verhandlungsführer ist in diesem Jahr der niedersächsische Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU), ein absoluter Hardliner. Die GdP sieht trotzdem den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) in der Pflicht.

„In Potsdam geht es auch um die Einkommen der NRW-Beschäftigten“, betont GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens, und erinnert daran, dass vor gar nicht so langer Zeit in NRW

eine Ministerpräsidentin auch darüber gestolpert ist, dass sie die berechtigten Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes völlig ignoriert hat. „Geschichte muss sich ja nicht unbedingt wiederholen“, mahnte er.

Während der laufenden Tarifeinwanderung hat die GdP zudem immer wieder daran erinnert, dass nicht nur die Beschäftigten in Krankenhäusern und Schulen systemrelevant sind, sondern auch die Polizistinnen und Polizisten und die Tarifbeschäftigten bei der Polizei. „Dass die Politik ihnen in der Coronapandemie Beifall klatscht, sich aber in die Büsche schlägt, wenn es um die Bezahlung geht, ist ein Skandal“, sagte GdP-Tarifvorstand Jutta Jakobs bei der Aktiven Mittagspause am 15. November vor dem LZPD in Duisburg. „Kommt es nicht zu einem deutlichen Einkommensplus, wird der Staat bald keine Fachkräfte mehr finden. Die Zeche zahlen die Bürger. Mit Krankenhäusern, die in Serie notwendige Operationen absagen müssen. Und einer Polizei, die Straftaten nicht mehr verfolgen kann.“ ■

## Wir brauchen ein Gesamtkonzept. Über den Tarifabschluss hinaus



Für den 27. November war in Potsdam die dritte, womöglich entscheidende Verhandlungsrunde für die Beschäftigten der Länder anberaumt. Ob es dabei zu einem Tarifabschluss gekommen ist oder die Verhandlungen in die Verlängerung gegangen sind, war beim Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht entschieden. Drei Erkenntnisse lassen sich trotzdem jetzt schon ziehen.

Erstens: Um die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist es schlecht bestellt. Dazu rennen die Einkommen in den Schulen und Krankenhäusern, bei der Justiz und der Polizei schon viel zu lange der Entwicklung in anderen Branchen hinterher. Deshalb braucht die Politik einen Masterplan, wie sie die Lücke in den nächsten Jahren schließen will. Und zwar weit über den jetzt im Vordergrund stehenden Tarifabschluss hinaus.

Zweitens: Zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes gehört Verlässlichkeit. Deshalb müssen die Versuche, den eigenen Beschäftigten immer neue Zumutungen abtrotzen zu wollen, statt ein

fares Tarifangebot auf den Tisch zu legen, endgültig der Vergangenheit angehören. Sonst laufen dem Staat die Beschäftigten weg. Drittens: Wer sich in die Büsche schlägt, sobald es schwierig wird, hat ein Führungsproblem. Deshalb muss sich die Landesregierung endlich der Verantwortung stellen, die NRW als größtes Bundesland beim Tarifabschluss im öffentlichen Dienst hat. Sich nur hinter anderen zu verstecken, ist zu wenig für ein Bundesland, das einen Führungsanspruch hat.

Ministerpräsident Hendrik Wüst ist erst seit wenigen Wochen im Amt. Er hat jetzt die Chance zu beweisen, dass er es besser als seine Vorgänger macht. Wüst muss spätestens bis zur Landtagswahl im Mai ein Konzept für einen attraktiveren öffentlichen Dienst auf den Tisch legen, das diesen Namen verdient. Für die Tarifbeschäftigten und die Beamten. Damit das Land als Arbeitgeber eine Zukunft hat.

**Michael Mertens**  
Landesvorsitzender der GdP





## Corona als Dienstunfall: NRW setzt Maßstab für andere Länder

Polizisten können sich im Dienst nicht immer vor einer Corona-Infektion schützen. Das hat jetzt auch das Düsseldorfer Innenministerium eingeräumt und hat in 21 Fällen eine Corona-Erkrankung als Dienstunfall anerkannt. Für die Betroffenen bedeutet das: Das Land übernimmt nicht nur die notwendigen Behandlungskosten, sondern zahlt gegebenenfalls auch eine Unfallerschädigung oder ein Ruhegehalt.

Für die GdP ist die Anerkennung der Corona-Erkrankungen als Dienstunfall ein Meilenstein für die Stärkung des Arbeitsschutzes bei der Polizei. „NRW wird damit bundesweit zum Vorreiter“ sagte GdP-Lan-

desvorsitzender Michael Mertens gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. Lediglich in Schleswig-Holstein gibt es mit rund 20 anerkannten Corona-Fällen als Dienstunfall eine ähnlich hohe Zahl. In den anderen Bundesländern aber auch in anderen Behörden in NRW zögert das Land noch. Vor allem wegen der damit verbundenen Kosten.

Trotzdem sieht die GdP auch im Innenministerium weiteren Handlungsbedarf. So sind die Kriterien, nach denen die Corona-Infektion in den 21 jetzt bekannt gewordenen Fällen als Dienstunfall anerkannt worden sind, in anderen dagegen nicht, unklar. In dem Bericht, den Innenminister Herbert Reul im vergange-

nen Monat im Innenausschuss vorgelegt hat, heißt es lediglich, dass sich 13 der 21 betroffenen Beschäftigten der Polizei im Einsatzgeschehen angesteckt haben, die übrigen 8 bei anderen Beschäftigten. Was genau zur Ansteckung geführt hat, sagte Reul dagegen nicht.

Hinzu kommt: Jede Corona-Erkrankung ist eine zu viel. Deshalb geht es in nächster Zeit vor allem darum, welche Erkenntnisse sich aus den anerkannten Dienstunfällen ziehen lassen, um das Risiko für neue, weitere Erkrankungen nachhaltig zu reduzieren. Eine Herausforderung, die angesichts der längst laufenden, vierten Infektionswelle immer dringlicher wird. ■

## GdP-Veranstaltungen weitgehend ausgesetzt

Im Einsatzgeschehen können Polizistinnen und Polizisten den Kontakt zu infizierten Personen nicht vermeiden, bei politischen Veranstaltungen ist das anders. Mit Blick auf das aktuelle, sehr dynamische Infektionsgeschehen hat der Landesbezirk deshalb mit Wirkung zum 17. November alle politischen Präsenzveranstaltungen auf das absolut notwendige Maß reduziert. Die Gremiensitzungen finden bis auf weiteres online statt. Ist ein persönliches Zusammentreffen trotzdem notwendig, wird die Zahl der Teilnehmer stark begrenzt.

Auch alle Präsenzseminare werden bis auf weiteres ausgesetzt. Das gilt auch für viele Veranstaltungen der Kreisgruppen.

Der Mitgliederservice der GdP ist von den Einschränkungen nicht betroffen. Die Geschäftsstelle ist für alle Mitglieder und Funktionsträger durchgängig unter den bekannten Telefonnummern und Mailadressen erreichbar. Ein persönlicher Besuch ist allerdings nur nach Anmeldung und mit einem aktuellen Corona-Test möglich. ■

Der Mitgliederservice der GdP ist von den Einschränkungen nicht betroffen. Die Geschäftsstelle ist für alle Mitglieder und Funktionsträger durchgängig unter den bekannten Telefonnummern und Mailadressen erreichbar. Ein persönlicher Besuch ist allerdings nur nach Anmeldung und mit einem aktuellen Corona-Test möglich. ■

## Bildungsprogramm 2022 ist da – vorerst aber keine Präsenz-Seminare

Gesundheit geht vor! Mit Blick auf die aktuelle Corona-Lage finden bei der GdP in Nordrhein-Westfalen aktuell keine Präsenz-Seminare statt, stattdessen wird möglichst viel online angeboten. Sobald es aber verantwortbar ist, soll es wieder Bildungsveranstaltungen live und leibhaftig geben. Und das Programm für 2022 ist prall gefüllt.

Rüstzeug für Personalrat und Gewerkschaftsarbeit, Rechtsschutzfragen, Wissenswertes für den Arbeitsalltag bei der Polizei, die Vorbereitung auf den Ruhestand, Angebote für Junge Gruppe, Frauen und Senioren, aber eben auch Internationales, Politik, Gesellschaft und Geschichte: Gut 60 Bildungsveranstaltungen verteilen sich bei der GdP NRW übers kommende Jahr- und da sind die Online-Seminare noch gar nicht eingerechnet.

Kolleginnen und Kollegen durch Wissen stärken, den Blick weiten, Zusammenhänge deutlich zu machen: Bildungsarbeit ist einer Gewerkschaft wie der GdP seit jeher besonders wichtig. Die Teilnahme an Seminaren ist für Mitglieder kostenlos. Das Bildungsprogramm enthält viele beliebte Klassiker – die Fahrten nach Berlin oder Brüssel etwa (schnell anmelden!), die Vorbereitungen für angehende Pensionäre und Rentner oder die Einstiegsseminare für Personalräte.

Neu ist ein Seminar zum Umgang mit sozialen Medien aus beamtenrechtlicher Sicht (7. April, Eitorf). Wer als Polizist bei Facebook & Co unterwegs ist, hat eine besondere Verantwortung. Wichtig: Unter „gdp-bildung.de“ finden sich zusätzliche Online-Seminare – einfach mal reinschauen, gerade

jetzt weil an den Online-Angeboten ständig gearbeitet wird. Sobald wieder Präsenz-Seminare möglich sind, sind die jeweils gültigen Corona-Vorschriften maßgeblich. Die Teilnehmer werden dann gebeten, sich im Vorfeld zu informieren. ■







# 2021: Bilder und Ereignisse die nachwirken

## Die GdP zieht ins Internet um

Dramatischer hätte das Jahr 2021 kaum starten können: Weil das Corona-Virus noch immer nicht besiegt ist, muss sich nicht nur die Polizei anders aufstellen, sondern auch die GdP muss sich neu erfinden: Im Januar werden alle Gremiensitzungen auf online-Formate umgestellt, die Präsenzseminare werden bis zum Sommer ausgesetzt. Aber 2021 entsteht auch viel Neues: ein spannendes, digitales Bildungsangebot, ein neuer für Digitalkonferenzen optimierter Sitzungsraum und der Start der ersten Hybrid-Konferenz, bei der nur ein kleiner Teil der Teilnehmer

vor Ort ist, während alle anderen online zugeschaltet werden. Den Anfang macht am 1. Juli die Landesjugendkonferenz in Gladbeck, in der nicht nur ein neuer Landesjugendvorstand gewählt wird, sondern auch etliche Anträge zur Gewerkschaftsarbeit verabschiedet werden. Kurz darauf nutzen auch die Frauen- und die Seniorengruppe das neue Format.

Im November kommt das Virus zurück. Erneut müssen Präsenz-Veranstaltungen abgesagt oder ins Internet verlagert werden. Aber 2021 zeigt: Die GdP kann digital.

## Flutkatastrophe sucht NRW heim

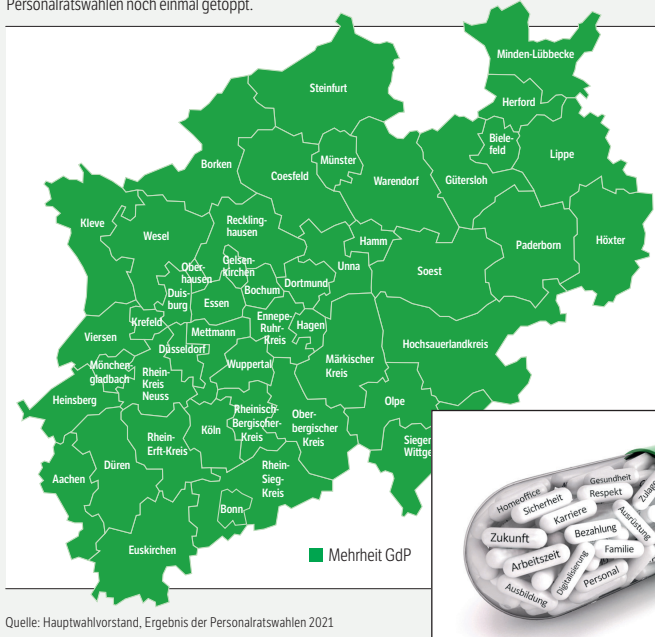
Eifel, Köln-Aachener Bucht, das Bergische Land: Mitte Juli hat die Flutkatastrophe in Teilen Nordrhein-Westfalens schwerste Schäden angerichtet. 47 Menschen verloren ihr Leben. Binnen 48 Stunden waren örtlich teilweise mehr als 200 Liter Niederschlag pro Quadratmeter niedergegangen. Die Wassermassen ließen Flüsse wie Dhünn, Erft oder Olef zu reißenden Wogen anschwellen und über die Ufer treten. Tausende Polizisten waren mit Feuerwehr, THW, Rettungsorganisationen und freiwilligen Helfern im Katastropheneinsatz. In den Regionen waren zahlreiche Polizeibeschäftigte auch selbst betroffen und verloren ihr Hab und Gut in der Flut. „So mancher konnte sich schon glücklich schätzen, wenn bei ihm ‚bloß‘ der Keller unter Wasser war“, berichtete Thorsten Köpp, Wachleiter in Schleiden (Kreis Euskirchen). Die GdP reagierte sofort, rief unter dem Motto „Kollegen helfen Kollegen“ zu Spenden auf.





## Ganz NRW ist Grün!

Bei der Personalratswahl vom 3. – 7. Mai 2021 hat die GdP in allen 47 Kreispolizeibehörden, im LKA, LZPD und LAFP die Mehrheit der Sitze gewonnen. Damit hat sie das hervorragende Ergebnis der vorausgegangenen Personalratswahlen noch einmal getoppt.



## Historischer Wahlsieg

„GdP: Wirkt!“ – unter diesem Motto ist die GdP bei den Personalratswahlen vom 3. – 7. Mai angetreten und hat ein historisches Ergebnis erzielt. Erstmals in den letzten fünfzig Jahren konnten die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP nicht nur im PPHR, sondern auch in allen 47 Kreispolizeibehörden und in den drei Landesoberbehörden LKA, LZPD und LAFP die Mehrheit der Sitze gewinnen. Möglich gemacht hat das sensationell gute Ergebnis die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht nur über die Probleme bei der Polizei reden, sondern die aktiv an deren Lösung arbeiten und etwas für die Beschäftigten erreichen. Und durch ein überzeugendes Wahlprogramm, das die Interessen von allen Direktionen und Arbeitsbereichen in den Blick genommen hat. Von der Durchsetzung besserer Aufstiegschancen bis zur Reduzierung der Arbeitsbelastung.

Nur vier Wochen später gibt es einen weiteren Wahlsieg. Bei der JAV-Wahl vom 14. – 17. Juni gewinnt die Junge Gruppe 123 der 134 Sitze in den zwölf örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Polizei (JAV) und alle fünf Sitze in der PHJAV.

## Nachzahlung von mehreren Zehntausend Euro

Dass die Besoldung der Beamten den Grundsätzen der amts angemessenen Alimentation widerspricht, sagt die GdP schon lange. Immer wieder hat sie in den vergangenen Jahren ihre Mitglieder zum Widerspruch gegen einzelne Bestandteile ihres Besoldungsbescheids aufgefordert. Jetzt hat die GdP einen ersten wichtigen Erfolg erzielt: Beamte mit drei oder mehr Kindern erhalten rückwirkend ab 2011 einen höheren Kinderzuschlag. Für die Betroffenen geht es zum Teil um mehrere zehntausend Euro. Mit der Nachzahlung setzt das Land ein bereits im vergangenen Jahr gefälltes Urteil des Bundesverfassungsgerichts um.

## Krachend gescheitert!

Die Erwartungen waren groß, als die Landesregierung den Gewerkschaften 2019 zugesagt hatte, über eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst zu verhandeln. Alles sollte auf den Tisch. Von der fehlenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf über den Abbau der überlangen Arbeitszeit bis zur längst überfälligen Reform der Zulagen. Doch erst ließ der damalige Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) die Gewerkschaften fast ein Jahr warten, dann ließ Schwarz-Gelb die Gespräche im Mai dieses Jahres krachend scheitern. Am Ende blieb als einziges Zugeständnis der Landesregierung die Ankündigung übrig, dass die immer wieder versprochenen Langzeitkonten bei der Polizei endlich kommen sollen. Allerdings nur als eine „light-Version“.





## Hambacher Forst: Ein Urteil wie ein Paukenschlag

Das Urteil wirkte in der Öffentlichkeit wie ein Paukenschlag: Im September entschied das Verwaltungsgericht Köln, dass die im Jahr 2018 erfolgte Räumung von Baumhäusern im Hambacher Forst rechtswidrig war. Der Brandschutz als Räumungsgrund sei nur vorgeschoben gewesen, so die Richter. Der bislang größte und teuerste Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens hatte den beteiligten Beamten Unvorstellbares abverlangt: Sie waren von militanten Aktivisten nicht nur beschimpft, angegriffen, sondern teilweise auch mit Fäkalien übergossen worden. „Wir sind in den Wochen des Einsatzes verheizt worden“, sagt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. Die GdP hatte seinerzeit darauf gedrängt, dass politische Konflikte zunächst politisch gelöst werden müssen und nicht auf Kosten der Polizei. Hätte die Landesregierung darauf gehört, hätte es diesen Einsatz nicht geben müssen.

## Der Taser wird in Großbehörden zur Standardausrüstung

Ende Oktober kündigt Innenminister Herbert Reul an, dass das Elektro-Distanz-Impulsgerät (DEIG) in Zukunft in Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Köln zur Standardausrüstung der Polizei gehört. Ein Anfang des Jahres gestarteter Probelauf hatte zuvor eindrucksvoll gezeigt, dass das DEIG eine stark abschreckende Wirkung hat. Meistens reicht bereits die Drohung ihn einzusetzen, um Gewalttäter zu stoppen. Die GdP hat das immer schon gesagt. Mit der Entscheidung setzt sich Reul über die Bedenken der Träger im eigenen Ministerium hinweg, für die das DEIG schlicht zu teuer und der Trainingsaufwand zu hoch ist. Die fünf Großbehörden sind aber erst der Anfang. Jetzt geht es darum, das DEIG auch in den kleineren Behörden einzuführen. Denn hier gibt es die gleichen Bedrohungslagen.

## 100 Prozent Respekt für 100 Prozent Einsatz

Seit dem Regierungsantritt von CDU und FDP hat sich in der Inneren Sicherheit vieles bewegt. Mehr Stellen, bessere Technik und ein neues Polizeigesetz machen die Arbeit leichter – aber bei der Stärkung der Polizei ist auch in NRW noch immer viel zu tun. Bei der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit, der Verbesserung der Aufstiegschancen und bei den Zulagen hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung noch nicht einmal auf den Weg gemacht. Damit sich endlich was bewegt, hat die GdP Mitte Mai dem Leiter der Düsseldorfer Staatskanzlei, Nathanael Liminski, ein dickes Forderungspaket überreicht. Die Aktion war Teil der bundesweiten Kampagne „100 für 100“.

Die Forderung „Weg mit der 41-Stunden-Woche!“ bleibt deshalb auch 2022 aktuell.



## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 10.12. Elli Margarete Albrecht, Hagen
- 23.12. Heinz Pietralczyk, Düsseldorf

### 91. Geburtstag

- 2.12. Annemarie Klostermann, Bochum
- 3.12. Erwin Mohns, Unna
- 4.12. Wilma Bodammer, Duisburg
- 13.12. Hildegard Pelzer, Selfkant
- 17.12. Gertrud Ritschel, Bergisch Gladbach
- 24.12. Edmund Larsen, Wiehl

### 92. Geburtstag

- 6.12. Anneliese Heller, Herne
- 7.12. Ernst Lange, Gelsenkirchen
- 21.12. Ferdinand Herick, Bochum
- Wilhelm Scholz, Essen
- 23.12. Johannes Jeschinowski, Falkensee

- 26.12. Günter Kohnenmergen, Düsseldorf

### 93. Geburtstag

- 5.12. Gottfried Hayn, Bergheim
- 11.12. Therese Pütz, Vettweiß
- 16.12. Otto Eichwald, Lüdinghausen

### 94. Geburtstag

- 3.12. Annelies Hoffknecht, Salzkotten

### 96. Geburtstag

- 4.12. Günter Kern, Erftstadt
- 24.12. Anne-Margret Pape, Bielefeld
- 31.12. Helga Klein, Bochum

### 97. Geburtstag

- 29.12. Hermann Hanisch, Krefeld

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

**DP – Deutsche Polizei**  
Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon (0211) 29101-0  
Telefax (0211) 29101-46  
www.gdp-nrw.de  
info@gdp-nrw.de

**Redaktion**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Holger Dumke  
Uschi Barrenberg  
Telefon (0211) 29101-32  
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:  
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 7. Dezember.**



Der GdP Reiseservice -  
DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder  
und deren Angehörige,  
denn hier zahlt sich

Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!

Ob Nah- oder Fernreise, Kreuzfahrt,  
Hotel oder Ferienhaus, Mietwagen  
oder Wohnmobil - rufen Sie uns an.



Unsere Hotline:

0211/29101 - 60

[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)

[pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



## Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Dezember erhalten einen IKEA-Gutschein im Wert von 35 Euro.

45 88729, Mettmann  
45 58638, Gütersloh  
45 33838, Mönchengladbach

## GdP aktiv

**06.12.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 13:00 Uhr, Zur Post, Friedrich-Maiweg-Straße 8 a, Plettenberg

**08.12.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Soest, 17:30 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, Bad Sassendorf.

**06.01.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe LKA, 14:00 Uhr, LKA-Gebäude, Raum Westfalen, Völklinger Str. 49, Düsseldorf

**14.01.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln mit Vorstandswahlen, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Forum 1 und 2, Walter-Pauli-Ring 2 - 6, Köln

**20.01.**, Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:00 Uhr, Kolpinghaus, Kolpingstr. 1, Kleve

**27.01.**, Skatturnier der Kreisgruppe Olpe, 15:30 Uhr, Polizeiwache, Kortemickestr. 2, Olpe

**Wegen der Corona-Situation können einzelne Veranstaltungen kurzfristig ausfallen. Bitte informiert euch bei der Kreisgruppe.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Olpe

**2. Dezember 2021**, 15 Uhr, Seniorenkaffee im Heinemanns Hof, Im Brauck 4, 57368 Lennestadt-Langenei

### Kreisgruppe Heinsberg

**9. Dezember 2021**, 15 Uhr, vorweihnachtliches Kaffeetrinken, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Straße 3, 41836 Hückelhoven. Anmeldungen Tel.: (02431) 5880

### Kreisgruppe Köln

**20. Januar 2022**, 14 Uhr, Mitgliederversammlung mit Neuwahlen der Seniorengruppe, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4 / Ecke Waidmarkt, 50676 Köln

## Nachruf

Käthe Hoven	06.11.1929	Aachen	Anton Baumann	11.09.1932	Kleve
Richard Kornek	29.03.1962	Bergisches Land	Dieter Krüll	12.12.1940	LKA
Friedrich Krug	12.10.1946	Bonn	Helmut Lerch	10.03.1958	LZPD
Heinz Rosenow	17.09.1929	Bonn	Carmen Huckestein	06.01.1978	Märkischer Kreis
Walter Lohaus	10.09.1933	Coesfeld	Klaus-Dieter Kemper	21.07.1943	Mettmann
Herbert Jakobs	09.02.1939	DHPol	Werner Maschke	06.01.1944	Minden-Lübbecke
Walburga Kottmeyr	03.04.1929	DHPol	Wilhelm Möhle	13.04.1937	Minden-Lübbecke
Hermann Radloff	03.01.1927	Düsseldorf	Elisabeth Welfens	21.05.1926	Mönchengladbach
Waltraud Schwenk	28.05.1937	Düsseldorf	Herbert Heithoff	19.02.1932	Münster
Edith Afflerbach	13.05.1922	Hagen	Gustav Emil Funk	17.04.1933	Oberbergischer Kreis
Dieter Strassburg	19.04.1935	Heinsberg	Lieselotte Keim	10.08.1924	Recklinghausen
Manfred Urbaniak	25.12.1942	Höxter	Hans-Werner Steinebach	20.07.1954	Recklinghausen
Manfred Brauer	19.02.1940	Innenministerium	Heinz Poschmann	12.08.1930	Unna

## Anzeigen



**Echte italienische Küche  
bei Pasta e Gamberoni in Essen**

Rüttenscheider Str. 172 | 45131 Essen  
Tel.: 0201 2463888 | E-Mail: info@pasta-e-gamberoni.de

## Käuper + Pettrup

Heizung + Sanitär

**Inhaber B. Pettrup**

Schiffahrter Damm 251 - 48147 Münster  
Tel.: 02 51 - 31 52 44 - Fax: 02 51 - 31 51 30  
kaeuper@t-online.de

## Marianne Funke GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47  
46149 Oberhausen  
Tel. 02 08 / 74 04 99 39  
Fax 02 08 / 59 88 68